Stand: 16.12.2025 01:59:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/15369

"Steuern Rechte der Steuerzahler in der EU - vereinfachte Verfahren für mehr Steuerehrlichkeit (Empfehlung) 10.03.2021 - 02.06.2021"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/15369 vom 13.04.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/16615 des HA vom 22.06.2021
3. Beschluss des Plenums 18/16982 vom 06.07.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 87 vom 06.07.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 13.04.2021 **Drucksache** 18/**15369**

Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Steuern
Rechte der Steuerzahler in der EU – vereinfachte Verfahren für mehr Steuerehrlichkeit (Empfehlung)
10.03.2021 - 02.06.2021

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 37. Sitzung am 13. April 2021 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die Konsultation landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Für eine gerechte Besteuerung in der EU empfiehlt die Kommission den EU-Mitgliedstaaten in ihrem Aktionsplan für faire und einfache Besteuerung zur Unterstützung der Aufbaustrategie für 2021 die Steuerpflichten zu vereinfachen und dafür zu sorgen, dass die Rechte der Steuerpflichtigen gewahrt bleiben. Dazu hat die Kommission für 2021 eine Mitteilung mit einer Bestandsaufnahme der bestehenden Rechte der Steuerpflichtigen nach EU-Recht angekündigt, die von einer Empfehlung für die Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Situation der Steuerpflichtigen und zur Vereinfachung der Steuerpflichten begleitet werden soll.

Vor diesem Hintergrund ist es Zweck der gegenständlichen Konsultation, Informationen zu Problemstellungen zusammen zu tragen, mit denen EU-Bürgerinnen und –Bürger im Zusammenhang mit direkten Steuern (insbesondere der Einkommensteuer) aktuell konfrontiert sind, wenn sie grenzüberschreitend tätig sind.

Die Konsultation dient auch dazu, Informationen über bestimmte Fragen im Zusammenhang mit indirekten Steuern (MwSt) zu sammeln, die insbesondere KMU betreffen.

Die Ergebnisse der Konsultation werden in die Empfehlung der Kommission einfließen, die für das 3. Quartal 2021 geplant ist.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.06.2021 **Drucksache** 18/**16615**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
Drs. 18/**15369**

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Steuern
Rechte der Steuerzahler in der EU – vereinfachte Verfahren für mehr Steuerehrlichkeit (Empfehlung)
10.03.2021 - 02.06.2021

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:

1. Die zunehmende Globalisierung und Digitalisierung der Wirtschaft stellt nationale Steuerverwaltungen, aber auch Unternehmer vor große Herausforderungen. Ein erhöhtes Risiko von Doppelbesteuerung für Unternehmen und die Gefahr von Besteuerungslücken zulasten des Fiskus sind die Folge. Sowohl Doppelbesteuerungen als auch Nichtbesteuerung verzerren den Wettbewerb zwischen international tätigen Unternehmen. Oberstes Ziel muss die Bewirkung der sachgerechten Einmalbesteuerung sein. Dies ist sowohl im Interesse der Unternehmen, als auch im Interesse der nationalen Haushalte, denn es vermeidet langwierige Rechtsbehelfs- und Verständigungsverfahren und somit Bürokratieaufwand. Um eine zutreffende Besteuerung der international agierenden Unternehmen sicherzustellen, müssen sich die Steuerverwaltungen international miteinander vernetzen und zusammenarbeiten.
2. Die europäische Rechtsgrundlage für die grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit der Finanzbehörden der Mitgliedstaaten ist die Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung. Diese Richtlinie wurde durch das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz (Gesetz vom 26. Juni 2013, BGBl. I 2013, S. 1809) mit Wirkung vom 1. Januar 2013 in nationales Recht umgesetzt und ist seither von den Finanzbehörden anzuwenden.
3. Die Sicherstellung einer sachgerechten Besteuerung erfordert in erster Linie effiziente Prüfmechanismen. Im Zentrum steht dabei die steuerliche Betriebsprüfung. Diese darf nicht an den Staatsgrenzen enden, sondern muss auch über internationale, abgestimmte Ermittlungsmöglichkeiten verfügen. Die kürzlich beschlossene 7. Änderung der Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung ist als wichtiger Schritt sehr zu begrüßen. Positiv hervorzuheben ist die Aufnahme einer neuen Rechtsvorschrift für grenzüberschreitende Betriebsprüfungen, die wichtige Grundfragen dieses Instruments verbindlich für den europäischen Wirtschaftsraum regelt. Die Verbesserungen, die durch diesen Legislativakt für die Praxis erzielt werden, schaffen Rechtssicherheit für Verwaltung und Unternehmen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

4. Insgesamt müssen die Steuerverwaltungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Zusammenarbeit weiter verbessern. Effiziente gemeinsame Betriebsprüfungen erfordern eine fundierte Vorbereitung – insbesondere die gemeinsame Auswahl von Prüfungsschwerpunkten. Die richtige Definition der Prüfungsschwerpunkte bildet den Grundstein dafür, dass Ressourcen zielführend eingesetzt werden. Unnötige Prüfungen bzw. falsche Schwerpunktsetzung bewirken überflüssigen Compliance-Aufwand. Daher sollten nicht nur der Rechtsrahmen für gemeinsame Prüfungen, sondern auch die rechtlichen Grundlagen für die vorherige gemeinsame Risikoanalyse stärker in den steuerpolitischen Fokus gerückt werden.
5. In diesem Zusammenhang ist die Cooperative Compliance Initiative der Europäischen Kommission zu begrüßen, die im „Aktionsplan für eine faire und einfache Besteuerung zur Unterstützung der Aufbaustrategie“ enthalten ist und auf mehr Zusammenarbeit, Vertrauen und Transparenz zwischen den Steuerverwaltungen beruht. Sie soll einen Rahmen für einen Dialog zwischen den Steuerverwaltungen im Hinblick auf die gemeinsame Lösung grenzübergreifender Steuerfragen im Bereich der Unternehmensbesteuerung definieren und im Jahr 2021 vorbereitet werden.
6. Mit der Gründung des Internationalen Steuerzentrums (IStZ) im Jahr 2013 hat sich Bayern der internationalen Zusammenarbeit angenommen und bereits wertvolle Erfahrungen sammeln können. Die Arbeit des IStZ fokussierte sich in den ersten Jahren vorwiegend darauf, internationale Betriebsprüfungen zu pilotieren. In jüngster Zeit stand für Bayern aber nicht nur die direkte Zusammenarbeit von internationalen Prüferteams im Fokus. Auch die aktive Mitwirkung an Pilotprojekten für eine frühzeitige gemeinsame Risikoanalyse war ein Schwerpunkt.
7. Die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) hat 2019 das „International Compliance Assurance Programme 2.0“ (ICAP 2.0) ins Leben gerufen. Im Rahmen des ICAP 2.0 bewerten die teilnehmenden Steuerverwaltungen auf Basis der länderbezogenen Berichte (Country-by-Country Reports) eines Unternehmens die Verrechnungspreis- und Betriebsstättenrisiken einer multinationalen Unternehmensgruppe und tauschen sich hierüber zwischenstaatlich aus. Im besten Fall stellt sich am Ende heraus, dass alle beteiligten Steuerverwaltungen keinen Anhaltspunkt für Beanstandungen erkennen und die steuerlichen Sachverhalte vom Unternehmen zutreffend erklärt wurden. Dann erteilen die Verwaltungen - sofern das nationale Verfahrensrecht dies zulässt - dem Unternehmen eine Bestätigung („Assurance“). Bei Betriebsprüfungen können diese Sachverhalte anschließend ausgespart oder nur noch in der gebotenen Kürze geprüft werden. Umgekehrt können auch frühzeitig Prüfungsschwerpunkte identifiziert werden, wenn sich im Rahmen des ICAP-Prozesses herausstellt, dass nicht alle Finanzverwaltungen mit der Darstellung des grenzüberschreitenden Sachverhalts einverstanden sind. Die frühzeitige Identifikation eines Problembereichs noch vor dem Beginn von Prüfungen ist zu begrüßen, weil abgestimmte internationale Bewertungen zu einer korrekten Einmalbesteuerung führen. Hierdurch können langwierige und ressourcenintensive Streitigkeiten zwischen den betroffenen Steuerverwaltungen im Vorfeld vermieden werden. Davon profitiert nicht nur der Fiskus, sondern auch die Unternehmen, die andernfalls aufwendige Verständigungsverfahren einleiten müssen, um die Doppelbesteuerung zu beseitigen.
8. Das Pilotprojekt hat vielfältige Vorteile dieses neuartigen Verfahrens aufgezeigt. Für ein zukunftsfähiges und flächendeckend angewandtes Instrument fehlt es jedoch an einem einheitlichen internationalen Rechtsrahmen. Unternehmen und Verwaltung benötigen mehr als faktische Rechtssicherheit in internationalen Rechtsfragen. Eine gemeinsame Risikoanalyse durch zwei oder mehr Steuerverwaltungen, die zusammen mit einem transparent agierenden Unternehmen betrieben wird, muss in standardisierte Resultate münden, um eine zweckdienliche Überleitung in die nationalen Prüfverfahren zu ermöglichen.

9. Die Problematik des fehlenden Rechtsrahmens stellt sich auch beim sog. „Cross-Border-Dialogue“, einem finnischen Instrument der Risikoanalyse, welches von Bayern als neue Form der länderübergreifenden Zusammenarbeit pilotiert wurde. Anders als ICAP ist der Cross-Border-Dialogue nicht an die länderbezogenen Berichte gebunden. Er steht daher grundsätzlich allen Unternehmen offen, die grenzüberschreitende Sachverhalte aufweisen. Auf die Größe des Unternehmens kommt es nicht an. Das Verfahren eignet sich daher insbesondere auch für kleinere bis mittelgroße Unternehmen.
10. Beim Cross-Border-Dialogue beantragt das Unternehmen bei den betroffenen Steuerverwaltungen eine gemeinsame Einschätzung eines steuerlich bedeutsamen Sachverhalts im aktuellen Veranlagungszeitraum. Ziel ist es, durch die Risikoabschätzung den Finanzverwaltungen einerseits erhöhte Informationssicherheit und dem Unternehmen andererseits eine gewisse Rechtssicherheit zu gewähren. Am Ende des Verfahrens gibt es keine verbindliche Vereinbarung zwischen den Finanzverwaltungen, sondern jede Verwaltung überführt die Erkenntnisse ins nationale Besteuerungsverfahren. Somit profitieren die Unternehmen unilateral jeweils im Verhältnis zu ihrer nationalen Steuerverwaltung. Verbesserte Transparenz und die Möglichkeit zur Abstimmung mit den ausländischen Kollegen im Vorfeld einer nationalen Entscheidung über die weitere Prüfung des Unternehmens, sind Pluspunkte für die Steuerverwaltungen.
11. Die internationale Zusammenarbeit in den Pilotverfahren war auf Basis des EU-Amtshilfegesetzes und der Informationsaustauschklauseln in den Doppelbesteuerungsabkommen möglich. Einheitliche Maßstäbe für den Abschluss der Verfahren am Ende des Informationsaustauschs fehlen bislang. Mit einheitlichen EU-weiten Verfahrensregelungen könnte diesem Problem entgegengewirkt und eine europäische gemeinsame Risikoanalyse effizienter ausgestaltet werden.
12. Es ist deshalb zu begrüßen, dass die Europäische Kommission die Themenbereiche „Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit“ und „Verbesserung der Situation von Steuerbürgern in der EU“ – insbesondere auch Vermeidung der Doppelbesteuerung - weiter in den Fokus rückt und wichtige steuerpolitische Verbesserungen erreichen will. Gerade die Verbindung der Themen unter dem Arbeitstitel „cooperative compliance“ kann wichtige Synergieeffekte heben. Die Kommission betritt hier einen zukunftsweisenden Weg.
13. Die Richtlinie, die insbesondere die Ausweitung des Informationsaustauschs zum Ziel hatte, hält die Datenschutz-Standards der jeweiligen Mitgliedstaaten ein. Diese müssen den Standards der DSGVO entsprechen. Zudem muss sichergestellt sein, dass die neuen Verfahren zu keiner Mehrbelastung der Wirtschaft und der Bürger führen.
14. Zusammengefasst ergibt sich aus den Erfahrungen Bayerns, dass eine Erweiterung des Rechtsrahmens für eine gemeinsame Risikoanalyse durch die europäischen Steuerverwaltungen entlang folgender Linien zielführend wäre:
    - In Ergänzung der bisherigen Rechtsinstitute sollte ein neues formalisiertes Verfahren für eine frühzeitige Zusammenarbeit der Steuerverwaltungen geschaffen werden, das eine Identifikation von Prüfungsschwerpunkten bzw. eine Abschichtung unproblematischer Aspekte vorsieht.
    - Dazu bedarf es klarer und abgestimmter Regeln, nach welchen Grundsätzen und für welche Rechtsfragen dieses Kooperationsverfahren betrieben werden kann.
    - Die Stellung des Unternehmens und seine Beteiligungsmöglichkeiten sind genau zu definieren. Insbesondere ist auch der Grad seiner Mitwirkung zu regeln.

- Es sollte einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für den Abschluss dieser Verfahren geben; das europäische Recht sollte eine Regelung enthalten, wie die Ergebnisse im Verhältnis zwischen den Staaten und im Verhältnis zwischen der jeweiligen Steuerverwaltung und den Unternehmen fixiert werden.
- Eine frühzeitige gemeinsame Analyse von grenzüberschreitenden Sachverhalten darf nicht nur multinationalen Unternehmensgruppen offenstehen, sondern muss auch für europaweit agierende mittelständische Betriebe zugänglich sein. Gerade für mittelständische Betriebe muss die steuerliche Rechtssicherheit gezielt verbessert werden.
- Von einer frühzeitigen gemeinsamen Analyse sollten auch andere internationale Verfahren – insbesondere Streitbeilegungs- und Streitvermeidungs-verfahren – profitieren, indem die Verwertung der Ergebnisse auch für Vorabverständigungsverfahren (sog. APAs) und Joint Audits vorgesehen wird.

Die Stellungnahme wird unmittelbar an die Europäische Kommission übermittelt.

Berichterstatter: **Bernhard Pohl**
Mitberichterstatter: **Tim Pargent**

II. Bericht:

1. Der EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGeschO wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren endberaten.
2. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat das Konsultationsverfahren in seiner 100. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen
(§83d Abs. 2 BayLTGeschO)
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat das Konsultationsverfahren in seiner 101. Sitzung am 17. Juni 2021 federführend beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: kein Votum
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 41. Sitzung am 22. Juni 2021 endberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 06.07.2021 **Drucksache** 18/**16982**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;
Drs. 18/**15369**, 18/**16615**
Steuern
Rechte der Steuerzahler in der EU – vereinfachte Verfahren für mehr Steuerehrlichkeit (Empfehlung)
10.03.2021 – 02.06.2021
Drs. 18/**15369**, 18/**16615**

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:

1. Die zunehmende Globalisierung und Digitalisierung der Wirtschaft stellt nationale Steuerverwaltungen, aber auch Unternehmer vor große Herausforderungen. Ein erhöhtes Risiko von Doppelbesteuerung für Unternehmen und die Gefahr von Besteuerungslücken zulasten des Fiskus sind die Folge. Sowohl Doppelbesteuerungen als auch Nichtbesteuerung verzerren den Wettbewerb zwischen international tätigen Unternehmen. Oberstes Ziel muss die Bewirkung der sachgerechten Einmalbesteuerung sein. Dies ist sowohl im Interesse der Unternehmen, als auch im Interesse der nationalen Haushalte, denn es vermeidet langwierige Rechtsbehelfs- und Verständigungsverfahren und somit Bürokratieaufwand. Um eine zutreffende Besteuerung der international agierenden Unternehmen sicherzustellen, müssen sich die Steuerverwaltungen international miteinander vernetzen und zusammenarbeiten.
2. Die europäische Rechtsgrundlage für die grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit der Finanzbehörden der Mitgliedstaaten ist die Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung. Diese Richtlinie wurde durch das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz (Gesetz vom 26. Juni 2013, BGBI. I 2013, S. 1809) mit Wirkung vom 1. Januar 2013 in nationales Recht umgesetzt und ist seither von den Finanzbehörden anzuwenden.
3. Die Sicherstellung einer sachgerechten Besteuerung erfordert in erster Linie effiziente Prüfmechanismen. Im Zentrum steht dabei die steuerliche Betriebsprüfung. Diese darf nicht an den Staatsgrenzen enden, sondern muss auch über internationale, abgestimmte Ermittlungsmöglichkeiten verfügen. Die kürzlich beschlossene 7. Änderung der Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung ist als wichtiger Schritt sehr zu begrüßen. Positiv hervorzuheben ist die Aufnahme einer neuen Rechtsvorschrift für grenzüberschreitende Betriebsprüfungen, die wichtige Grundfragen dieses Instruments verbindlich für den europäischen Wirtschaftsraum regelt. Die Verbesserungen, die durch diesen Legislativakt für die Praxis erzielt werden, schaffen Rechtssicherheit für Verwaltung und Unternehmen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

4. Insgesamt müssen die Steuerverwaltungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Zusammenarbeit weiter verbessern. Effiziente gemeinsame Betriebsprüfungen erfordern eine fundierte Vorbereitung – insbesondere die gemeinsame Auswahl von Prüfungsschwerpunkten. Die richtige Definition der Prüfungsschwerpunkte bildet den Grundstein dafür, dass Ressourcen zielführend eingesetzt werden. Unnötige Prüfungen bzw. falsche Schwerpunktsetzung bewirken überflüssigen Compliance-Aufwand. Daher sollten nicht nur der Rechtsrahmen für gemeinsame Prüfungen, sondern auch die rechtlichen Grundlagen für die vorherige gemeinsame Risikoanalyse stärker in den steuerpolitischen Fokus gerückt werden.

5. In diesem Zusammenhang ist die Cooperative Compliance Initiative der Europäischen Kommission zu begrüßen, die im „Aktionsplan für eine faire und einfache Besteuerung zur Unterstützung der Aufbaustrategie“ enthalten ist und auf mehr Zusammenarbeit, Vertrauen und Transparenz zwischen den Steuerverwaltungen beruht. Sie soll einen Rahmen für einen Dialog zwischen den Steuerverwaltungen im Hinblick auf die gemeinsame Lösung grenzübergreifender Steuerfragen im Bereich der Unternehmensbesteuerung definieren und im Jahr 2021 vorbereitet werden.

6. Mit der Gründung des Internationalen Steuerzentrums (IStZ) im Jahr 2013 hat sich Bayern der internationalen Zusammenarbeit angenommen und bereits wertvolle Erfahrungen sammeln können. Die Arbeit des IStZ fokussierte sich in den ersten Jahren vorwiegend darauf, internationale Betriebsprüfungen zu pilotieren. In jüngster Zeit stand für Bayern aber nicht nur die direkte Zusammenarbeit von internationalen Prüferteams im Fokus. Auch die aktive Mitwirkung an Pilotprojekten für eine frühzeitige gemeinsame Risikoanalyse war ein Schwerpunkt.

7. Die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) hat 2019 das „International Compliance Assurance Programme 2.0“ (ICAP 2.0) ins Leben gerufen. Im Rahmen des ICAP 2.0 bewerten die teilnehmenden Steuerverwaltungen auf Basis der länderbezogenen Berichte (Country-by-Country Reports) eines Unternehmens die Verrechnungspreis- und Betriebsstättenrisiken einer multinationalen Unternehmensgruppe und tauschen sich hierüber zwischenstaatlich aus. Im besten Fall stellt sich am Ende heraus, dass alle beteiligten Steuerverwaltungen keinen Anhaltspunkt für Beanstandungen erkennen und die steuerlichen Sachverhalte vom Unternehmen zutreffend erklärt wurden. Dann erteilen die Verwaltungen – sofern das nationale Verfahrensrecht dies zulässt – dem Unternehmen eine Bestätigung („Assurance“). Bei Betriebsprüfungen können diese Sachverhalte anschließend ausgespart oder nur noch in der gebotenen Kürze geprüft werden. Umgekehrt können auch frühzeitig Prüfungsschwerpunkte identifiziert werden, wenn sich im Rahmen des ICAP-Prozesses herausstellt, dass nicht alle Finanzverwaltungen mit der Darstellung des grenzüberschreitenden Sachverhalts einverstanden sind. Die frühzeitige Identifikation eines Problembereichs noch vor dem Beginn von Prüfungen ist zu begrüßen, weil abgestimmte internationale Bewertungen zu einer korrekten Einmalbesteuerung führen. Hierdurch können langwierige und ressourcenintensive Streitigkeiten zwischen den betroffenen Steuerverwaltungen im Vorfeld vermieden werden. Davon profitiert nicht nur der Fiskus, sondern auch die Unternehmen, die andernfalls aufwendige Verständigungsverfahren einleiten müssen, um die Doppelbesteuerung zu beseitigen.

8. Das Pilotprojekt hat vielfältige Vorteile dieses neuartigen Verfahrens aufgezeigt. Für ein zukunftsfähiges und flächendeckend angewandtes Instrument fehlt es jedoch an einem einheitlichen internationalen Rechtsrahmen. Unternehmen und Verwaltung benötigen mehr als faktische Rechtssicherheit in internationalen Rechtsfragen. Eine gemeinsame Risikoanalyse durch zwei oder mehr Steuerverwaltungen, die zusammen mit einem transparent agierenden Unternehmen betrieben wird, muss in standardisierte Resultate münden, um eine zweckdienliche Überleitung in die nationalen Prüfverfahren zu ermöglichen.

9. Die Problematik des fehlenden Rechtsrahmens stellt sich auch beim sog. Cross-Border-Dialogue, einem finnischen Instrument der Risikoanalyse, welches von Bayern als neue Form der länderübergreifenden Zusammenarbeit pilotiert wurde. Anders als ICAP ist der Cross-Border-Dialogue nicht an die länderbezogenen Berichte

gebunden. Er steht daher grundsätzlich allen Unternehmen offen, die grenzüberschreitende Sachverhalte aufweisen. Auf die Größe des Unternehmens kommt es nicht an. Das Verfahren eignet sich daher insbesondere auch für kleinere bis mittelgroße Unternehmen.

10. Beim Cross-Border-Dialogue beantragt das Unternehmen bei den betroffenen Steuerverwaltungen eine gemeinsame Einschätzung eines steuerlich bedeutsamen Sachverhalts im aktuellen Veranlagungszeitraum. Ziel ist es, durch die Risikoabschätzung den Finanzverwaltungen einerseits erhöhte Informationssicherheit und dem Unternehmen andererseits eine gewisse Rechtssicherheit zu gewähren. Am Ende des Verfahrens gibt es keine verbindliche Vereinbarung zwischen den Finanzverwaltungen, sondern jede Verwaltung überführt die Erkenntnisse ins nationale Besteuerungsverfahren. Somit profitieren die Unternehmen unilateral jeweils im Verhältnis zu ihrer nationalen Steuerverwaltung. Verbesserte Transparenz und die Möglichkeit zur Abstimmung mit den ausländischen Kollegen im Vorfeld einer nationalen Entscheidung über die weitere Prüfung des Unternehmens, sind Pluspunkte für die Steuerverwaltungen.

11. Die internationale Zusammenarbeit in den Pilotverfahren war auf Basis des EU-Amtshilfegesetzes und der Informationsaustauschklauseln in den Doppelbesteuerungsabkommen möglich. Einheitliche Maßstäbe für den Abschluss der Verfahren am Ende des Informationsaustauschs fehlen bislang. Mit einheitlichen EU-weiten Verfahrensregelungen könnte diesem Problem entgegengewirkt und eine europäische gemeinsame Risikoanalyse effizienter ausgestaltet werden.

12. Es ist deshalb zu begrüßen, dass die Europäische Kommission die Themenbereiche „Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit“ und „Verbesserung der Situation von Steuerbürgern in der EU“ – insbesondere auch Vermeidung der Doppelbesteuerung – weiter in den Fokus rückt und wichtige steuerpolitische Verbesserungen erreichen will. Gerade die Verbindung der Themen unter dem Arbeitstitel „cooperative compliance“ kann wichtige Synergieeffekte heben. Die Kommission betritt hier einen zukunftsweisenden Weg.

13. Die Richtlinie, die insbesondere die Ausweitung des Informationsaustauschs zum Ziel hatte, hält die Datenschutz-Standards der jeweiligen Mitgliedstaaten ein. Diese müssen den Standards der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) entsprechen. Zudem muss sichergestellt sein, dass die neuen Verfahren zu keiner Mehrbelastung der Wirtschaft und der Bürger führen.

14. Zusammengefasst ergibt sich aus den Erfahrungen Bayerns, dass eine Erweiterung des Rechtsrahmens für eine gemeinsame Risikoanalyse durch die europäischen Steuerverwaltungen entlang folgender Linien zielführend wäre:

    – In Ergänzung der bisherigen Rechtsinstitute sollte ein neues formalisiertes Verfahren für eine frühzeitige Zusammenarbeit der Steuerverwaltungen geschaffen werden, das eine Identifikation von Prüfungsschwerpunkten bzw. eine Abschichtung unproblematischer Aspekte vorsieht.

    – Dazu bedarf es klarer und abgestimmter Regeln, nach welchen Grundsätzen und für welche Rechtsfragen dieses Kooperationsverfahren betrieben werden kann.

    – Die Stellung des Unternehmens und seine Beteiligungsmöglichkeiten sind genau zu definieren. Insbesondere ist auch der Grad seiner Mitwirkung zu regeln.

    – Es sollte einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für den Abschluss dieser Verfahren geben; das europäische Recht sollte eine Regelung enthalten, wie die Ergebnisse im Verhältnis zwischen den Staaten und im Verhältnis zwischen der jeweiligen Steuerverwaltung und den Unternehmen fixiert werden.

    – Eine frühzeitige gemeinsame Analyse von grenzüberschreitenden Sachverhalten darf nicht nur multinationalen Unternehmensgruppen offenstehen, sondern muss auch für europaweit agierende mittelständische Betriebe zugänglich sein. Gerade für mittelständische Betriebe muss die steuerliche Rechtssicherheit gezielt verbessert werden.

– Von einer frühzeitigen gemeinsamen Analyse sollten auch andere internationale Verfahren – insbesondere Streitbeilegungs- und Streitvermeidungsverfahren – profitieren, indem die Verwertung der Ergebnisse auch für Vorabverständigungsverfahren (sog. APAs) und Joint Audits vorgesehen wird.

Die Stellungnahme wird unmittelbar an die Europäische Kommission übermittelt.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Steuern
Rechte der Steuerzahler in der EU – vereinfachte Verfahren für mehr Steuerehrlichkeit (Empfehlung)
10.03.2021 - 02.06.2021
Drs. 18/15369, 18/16615 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16615 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Steuern
Steuerbetrug und Steuerhinterziehung – Verstärkung der Vorschriften für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und Ausweitung des Informationsaustauschs
10.03.2021 - 02.06.2021
Drs. 18/15370, 18/16616 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16616 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Digitaler Kompass 2030 - der europäische Weg in die digitale Dekade
COM(2021) 118 final
BR-Drs. 238/21
Drs. 18/15374, 18/16712 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag nimmt das Vorhaben mit der auf Drs. 18/16712 veröffentlichten Maßgabe zur Kenntnis.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	Z	Z

4. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Überprüfung der Handelspolitik - Eine offene, nachhaltige und entschlossene Handelspolitik
COM(2021) 66 final
BR-Drs. 181/21
Drs. 18/15375, 18/16711 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dem Vorhaben wird zugestimmt.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen SPD
Rahmenbedingungen für Fachlehrerinnen und Fachlehrer an Bayerns Schulen endlich verbessern
Drs. 18/8849, 18/16676 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. SPD
Alle Lehrer brauchen Laptops!
Drs. 18/13306, 18/16677 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

7. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Praxisunterricht in Pflegeschulen ermöglichen
Drs. 18/13477, 18/16678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Produktion von Wasserstoff an bayerischen Kernkraftwerken ermöglichen
Drs. 18/14004, 18/16824 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neubau Konzerthaus – Entscheidungen nicht weiter hinauszögern
Drs. 18/14134, 18/16319 (A)

Über den Antrag wurde bereits entschieden.

10. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Studie über die Abhängigkeit der bayerischen Wirtschaft von China
Drs. 18/14201, 18/16796 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

11. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Gute Ausbildung an den Berufsfachschulen für Gesundheitsberufe sichern – Mit sicherem Hygienekonzept die fachpraktische Ausbildung wieder ermöglichen
Drs. 18/14231, 18/16690 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Überprüfung von Auslandsadoptionen in Bayern
Drs. 18/14629, 18/16632 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mobile Impfteams auch in Flüchtlingsunterkünften einsetzen
Drs. 18/14643, 18/16858 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Queere Inklusion – Mehr Schutz vor intersektionaler Diskriminierung in Bayern
Drs. 18/14779, 18/16634 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Impulsprogramm „Kunst nach draußen!“
Drs. 18/14785, 18/16699 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Arbeit bezahlen statt Stillstand – Stipendienprogramm für alle ausweiten
Drs. 18/14790, 18/16700 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zusammenhang zwischen sozialem Status und Coronainfektionen in Bayern endlich erheben und aufarbeiten!
Drs. 18/14792, 18/16635 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	A	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt u.a. SPD
Sonderpädagogische Zusatzqualifikation für Berufsschullehrkräfte deutlich ausbauen
Drs. 18/14883, 18/16692 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Auswirkungen der Coronapandemie auf Kinder und Jugendliche frühzeitig entgegenwirken
Drs. 18/14884, 18/16636 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	Z	ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schnelle Corona-Schutzimpfung für Menschen mit Behinderung oder Vorerkrankungen unkompliziert ermöglichen!
Drs. 18/14982, 18/16589 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Corona-Tests an bayerischen Schulen nur auf freiwilliger Basis durchführen
Drs. 18/15079, 18/16675 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Mehr Nähe und Miteinander in Seniorenheimen ermöglichen angesichts hoher Durchimpfungsrate
Drs. 18/15080, 18/16583 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
EU-Förderung transparent einsetzen und Haushaltsrecht des Parlaments ernst nehmen!
Drs. 18/15083, 18/16855 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)
Unmittelbarer und wirtschaftlicher Klimaschutz durch Technologieoffenheit im motorisierten Verkehr – klimaneutral erzeugte Kraftstoffe auf CO_2-Flottenbilanz anrechnen
Drs. 18/15084, 18/16856 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	Z	Z

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Direkte und indirekte Testpflicht für Arbeitnehmer verhindern
Drs. 18/15085, 18/16792 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Modellversuche zur Untersuchung von Öffnungsschritten durchführen
Drs. 18/15087, 18/16584 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	A	Z

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Mehr Normalität für geimpfte Menschen in Pflegeheimen und Einrichtungen der Behindertenhilfe
Drs. 18/15128, 18/16585 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	Z

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Normalität in Alten- und Pflegeheimen – Würdevolles Altern ermöglichen
Drs. 18/15129, 18/16586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christian Flisek, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Hochschulen in den Fokus nehmen
Drs. 18/15130, 18/16701 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Teststrategie für bayerische Universitäten und Hochschulen
Drs. 18/15131, 18/16702 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	ENTH

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Erfolge vergleichbarer internationaler Modellversuche von Öffnungsschritten anerkennen
Drs. 18/15133, 18/16587 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

32. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Für eine bleifreie Jagd – Weg von bleihaltiger Jagdmunition
Drs. 18/15191, 18/16628 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Heimischen Obstbau schützen – marmorierte Baumwanze nachhaltig bekämpfen!
Drs. 18/15213, 18/16627 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Europabegeisterung an Bayerns Schulen wecken!
Drs. 18/15222, 18/16693 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD
Task Force Qualitätsmängel in der Pflege
Drs. 18/15223, 18/16652 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	ENTH	Z	A

36. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD
Bericht über Personalausstattung der Heimaufsicht
Drs. 18/15224, 18/16653 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD
Pflegebedürftige schützen – Heimaufsicht neu ordnen
Drs. 18/15226, 18/16654 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	ENTH

38. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Mindestens AGVES-Empfehlungen zur Euro-7-Abgasnorm anwenden – umweltfreundlichen und innovativen Verbrennungsmotor ermöglichen
Drs. 18/15248, 18/16873 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

39. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Fackler, Josef Zellmeier, Alexander König u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Senkung der Jahresentgelte für die Errichtung eines Mobilfunkmastes auf einer Freifläche des Freistaates Bayern und Anpassung an die Konditionen des Bundes
Drs. 18/15270, 18/16322 (ENTH)

Über den Antrag wurde bereits entschieden.

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bewerbungsfrist für Förderungen durch den Krankenhauszukunftsfonds verlängern
Drs. 18/15291, 18/16588 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

41. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Albert Duin u.a. und Fraktion (FDP)
Dem Gastgewerbe Perspektiven eröffnen I
Drs. 18/15292, 18/16655 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	ENTH	Z

42. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Albert Duin u.a. und Fraktion (FDP)
Dem Gastgewerbe Perspektiven eröffnen II
Drs. 18/15293, 18/16795 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	Z

43. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Pflegeskandale verhindern, Kontrolle stärken – FQA und Medizinischer Dienst / Medizinischer Dienst der Krankenversicherung zusammenlegen
Drs. 18/15294, 18/16656 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

44. Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Preise ordnungsgemäß prüfen – Gesetzeslage durchsetzen
Drs. 18/15298, 18/16851 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

45. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Chance auf globalen CO_2-Preis nutzen – CO_2-Grenzausgleich zur internationalen Klimaallianz ausbauen
Drs. 18/15300, 18/16631 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

46. Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Christoph Maier, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Aufenthaltsgesetz anpassen – Rückführungen ermöglichen!
Drs. 18/15342, 18/16561 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

47. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Quarantänepflicht für Geimpfte bei Grenzübertritt abschaffen
Drs. 18/15359, 18/16590 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten im Bundesrat nachbessern
Drs. 18/15395, 18/16857 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Digitalisierung bei Kulturförderung voranbringen
Drs. 18/15396, 18/16703 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Migrantenorganisationen und -vereine müssen bei Corona-Hilfen berücksichtigt werden!
Drs. 18/15398, 18/16320 (A)

Über den Antrag wurde bereits entschieden.

51. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Nachhaltigkeit an Hochschulen: Betrieb (IIIb) – Klimaneutralität der Hochschulverwaltungen bis 2030
Drs. 18/15399, 18/16704 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

52. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP), Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Missstände in der „Seniorenresidenz Schliersee“ und Konsequenzen für die Kontrollen in Bayern
Drs. 18/15400, 18/16852 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

53. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Nachhaltigkeit an Hochschulen: Governance (Ia) – Nachhaltigkeitsziele zum Bestandteil der Rahmenzielvereinbarungen machen
Drs. 18/15403, 18/16705 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

54. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Nachhaltigkeit an Hochschulen: Governance (Ib) – Vizepräsidentin bzw. Vizepräsident für Nachhaltigkeit etablieren
Drs. 18/15404, 18/16706 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

55. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Nachhaltigkeit an Hochschulen: Forschung & Lehre (IIa) – Zertifikatsprogramme zum Thema Nachhaltigkeit unterstützen
Drs. 18/15405, 18/16707 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

56. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Nachhaltigkeit an Hochschulen: Betrieb (IIIa) – Nachhaltigkeitsberichterstattung als Chance erkennen
Drs. 18/15406, 18/16708 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

57. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Frühzeitige Planung von kontaktlosen Prüfungen
Drs. 18/15433, 18/16709 (A)

Antrag der SPD-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

58. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Josef Zellmeier, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zukunft der digitalen Lehre: Lehren aus den Corona-Semestern ziehen
Drs. 18/15446, 18/16696 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	**ohne**	Z

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

59. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Tierwohl darf dem Lockdown nicht zum Opfer fallen – Perspektiven für Hundeschulen schaffen
Drs. 18/15452, 18/16657 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

60. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Leben retten durch Stammzellenspende – Typisierung in Corona-Testzentren ermöglichen
Drs. 18/15482, 18/16658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

61. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. AfD
Wiederaufnahme von Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten durch die Gesundheitsämter
Drs. 18/15505, 18/16659 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

62. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP), Harald Güller, Doris Rauscher, Florian Ritter u.a. und Fraktion (SPD)
Kofinanzierung der Berufseinstiegsbegleitung in Bayern sicherstellen
Drs. 18/15515, 18/16626 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

63. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Afrikanische Schweinepest (ASP) in Bayern – ASP-Statusuntersuchung
Drs. 18/15526, 18/16629 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

64. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Faktenfuchs des Bayerischen Rundfunk auf wissenschaftliche Basis stellen
Drs. 18/15678, 18/16697 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

65. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Markus Bayerbach u.a. und Fraktion (AfD)
Rechtliche Vorgaben des Bayerischen Rundfunkgesetzes ernst nehmen – allen politischen Parteien beim Bayerischen Rundfunk eine angemessene Sendezeit einräumen
Drs. 18/15679, 18/16698 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

66. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Ausbildung zur pädagogischen Fachkraft für Grundschulkindbetreuung optimieren
Drs. 18/15691, 18/16567

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

67. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung effektiv bekämpfen
Drs. 18/15693, 18/16846 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

68. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einführung des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen im staatlichen Hochbau
Drs. 18/15724, 18/16647 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

69. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sarglose Bestattungen auf Bayerns Friedhöfen – die Kommunen jetzt in der Umsetzung unterstützen
Drs. 18/15729, 18/16639 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

70. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Infrastruktur für Kulturveranstaltungen: Existenz sichern – Spielstättenprogramm verlängern
Drs. 18/15733, 18/16847 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

71. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verbot der rechtsextremen Organisation „Der III. Weg“
Drs. 18/15735, 18/16638 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

72. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Negative Schnelltests an Schulen schriftlich bestätigen – Kosten und Aufwand sparen
Drs. 18/15740, 18/16637 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

73. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
COVID-19-Pandemie global und solidarisch eindämmen – Bayern beteiligt sich am Impfprogramm der WHO
Drs. 18/15741, 18/16853 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

74. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Zusätzliche Impfstoffkontingente für bayerische Hochschulstandorte
Drs. 18/15751, 18/16854 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	Z

75. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. SPD
Kindern und Jugendlichen mehr Freiraum geben – Sichere Öffnung der Aktivspielplätze in Bayern ermöglichen
Drs. 18/15756, 18/16660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

76. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Scheinehen verhindern – Mindestehezeiten erhöhen
Drs. 18/15776, 18/16641 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

77. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn u.a. SPD
Imker fördern – Bienen fördern – Honiguntersuchungen fördern!
Drs. 18/15796, 18/16786 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	Z	A

78. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn u.a. SPD
Auf dem Friedhof brummt das Leben!
Drs. 18/15797, 18/16874 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

79. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn u.a. SPD
Nutzhanf-Produzenten nicht kriminalisieren!
Für eine rechtssichere Basis in Anbau und Vertrieb.
Drs. 18/15808, 18/16630 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

80. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Sachstandsbericht zum Standortprozess des zweiten Dienstsitzes des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr in Augsburg
Drs. 18/15816, 18/16662 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

81. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
Drs. 18/15838, 18/16642 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

82. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kinder und Jugendliche jetzt vorrangig behandeln: Jugendarbeit, Freizeit, Erlebnislernen und soziale Kontakte verlässlich und sicher ermöglichen
Drs. 18/15844, 18/16793 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

83. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
Waldbesitzer unterstützen: Bundesverordnung zum Holzeinschlag aussetzen
Drs. 18/15845, 18/16787 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

84. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Überprüfung des Katastrophenfalls
Drs. 18/15852, 18/16276

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

85. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Florian Ritter, Inge Aures u.a. SPD
Bayerische Wirtshäuser retten – Freischankflächen endlich Biergärten gleichstellen
Drs. 18/15853, 18/16823 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	Z	Z	Z

86. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Barbara Becker, Eric Beißwenger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bundesweit einheitliches Insekten-Monitoring für effektiven Insektenschutz statt „Breitband-Maßnahmen“
Drs. 18/15955, 18/16875 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

87. Antrag des Abgeordneten Andreas Winhart AfD
Bericht der Staatsregierung zum Heilpflanzenanbau in Bayern
Drs. 18/15962, 18/16894 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	A

88. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Diesel rehabilitieren – NOx-Emittenten und Grenzwerte neu bewerten!
Drs. 18/15990, 18/16877 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

89. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Gefahren von Lithiumspeichern durch ein Pfandsystem entgegenwirken
Drs. 18/16028, 18/16878 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

90. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Projekt „Forstbetrieb 2030“ Bayerischen Staatsforsten
Drs. 18/16056, 18/16790 (ENTH) [X]

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	ENTH

91. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Ulrike Scharf,
Josef Schmid u.a. CSU,
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a.
und Fraktion (SPD),
Martin Hagen, Albert Duin, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Evaluation der Novelle der Bayerischen Bauordnung (BayBO)
Drs. 18/16062, 18/16648 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z